

Die Globalisierungsdebatte: Kontrahenten ohne Kontroverse?

Von Philipp Paulus

Die Fronten in der Globalisierungsdebatte scheinen seit langem klar zu sein: auf der einen Seite stehen die Globalisierungskritiker, auf der anderen viele von Globalisierungskritikern – dogmenhistorisch unzutreffend – als „neoliberal“ eingestufte Ökonomen.

Diese Gegenpositionen prägten auch die Auseinandersetzungen nach dem Scheitern der WTO-Handelsgespräche im mexikanischen Cancún Mitte September. Globalisierungskritiker lobten den Widerstand der Entwicklungsländer gegen eine Agenda, bei der die Handelsliberalisierung des Agrar- und Textilsektors der Industrieländer in den Hintergrund zur rücken drohte (u.a. Attac, s. im Internet www.attac.de). Ökonomen hingegen beklagten an dem Widerstand der Entwicklungsländer die vergebene Chance auf weitere Handelsliberalisierung, da es vor allem ihnen selbst schaden würde (z.B. The Economist, 20.9.03).

Aber sind die Positionen wirklich so unversöhnlich?

Anhand von fünf der gängigsten Forderungen der Globalisierungskritik soll kurz verdeutlicht werden, dass die liberalen wirtschaftspolitischen Gedanken den Zielen der Globalisierungskritiker näher stehen als vielfach angenommen.

1. Globalisierungskritiker fordern: Weniger Armut auf der Welt

Ökonomen würden antworten: Der positive Zusammenhang zwischen Handelsliberalisierung und mehr Wachstum ist empirisch gut abgestützt. Das traditionelle liberale Postulat vom freien Austausch auf Güter- und Faktormärkten stimmt mit der Globalisierungskritik überein, die eine Senkung der Handelsbarrieren von Industrieländern fordert. Allenfalls wird von globalisierungskritischer Seite häufig noch übersehen, dass auch Entwicklungsländer liberalisieren sollten, und dies sogar zu eigenem Nutzen einseitig tun könnten. Beide Seiten sehen ähnliche Gefahren von Marktöffnungen, so z.B. auf Kapitalmärkten. Bankensysteme sind häufig nicht genügend vorbereitet, allerdings neigen hier

Globalisierungskritiker häufig zu einer Verurteilung freien Kapitalverkehrs generell.

Hauptbedingung marktwirtschaftlich orientierter Ökonomen für eine erfolgreiche Armutsbekämpfung durch Marktöffnung: Der Wettbewerb darf nicht eingeschränkt sein, was direkt zu Punkt 2 führt:

2. Globalisierungskritiker fordern: Begrenzung wirtschaftlicher Macht

Insgesamt deckt sich diese Forderung mit dem Primat des Wettbewerbs im liberalen Wirtschaftsdenken. Denn entweder ist es so, dass im freien Wettbewerb Unternehmen nur eine begrenzte Macht anhäufen können, bis sie für kleinere und effizientere Konkurrenten angreifbarer werden und ihre Vorrangstellung verlieren. Dies wird gerade durch Globalisierung wahrscheinlicher. Oder aber die Macht einzelner Personen und Unternehmen rührt von marktwidrigen Vereinbarungen her, zum großen Teil begünstigt durch falsches Verhalten öffentlicher Stellen (z.B. bei bevorzugter Behandlung einzelner Konzerne in Entwicklungsländern oder mangelnder Kartellaufsicht). Letzteres wird von Globalisierungskritikern und „Neoliberalen“ gleichermaßen verurteilt und gipfelt bei beiden in der Forderung nach starken wettbewerblichen Kontrollinstanzen.

3. Globalisierungskritiker fordern: Weniger Umweltverschmutzung

Auch bei diesem Punkt lässt sich ein erstaunlicher Gleichklang von Globalisierungskritikern und Ökonomen erkennen. Der plausible Gedanke der Kritiker, dass global frei zur Verfügung stehende Güter wie Weltmeere, Klimastabilität und Luft von einzelnen nicht endlos ohne Rücksicht auf andere angezapft werden können, spiegelt sich in den Wirtschaftswissenschaften in der Theorie der externen Effekte wider: Sobald das eigene Verhalten andere schädigt, ohne dass der Preismechanismus zwischengeschaltet wäre, müssen Eigentumsrechte und damit Verantwortlichkeiten definiert werden, ohne die effizientes Wirtschaften nicht funktionieren kann. Daher bejaht die Ökonomie in solche Fällen staatliche Eingriffe (Ökosteuer) bzw. internationale Vereinbarungen, die dieses Marktversagen beheben können.

4. Globalisierungskritiker fordern: Sicherung der Sozialsysteme

Selbst der globalisierungskritische Ruf nach Schutz des Solidarsystems vor einem „race to the bottom“ staatlicher Leistungen im globalen Standortwettbewerb findet nicht wirklich Opponenten unter den Ökonomen. Denn: die Ursachen für den Druck auf Sozialsysteme gerade in Europa und Japan, liegen nicht in der Globalisierung, sondern in inhärenten Schwächen (Stichwort Frühverrentung, hausgemachte Arbeitslosigkeit) und/oder in prognostizierten demographischen Entwicklungen. Dagegen erlauben überhaupt erst Gewinne aus der Globalisierung die Finanzierung der großen Sozialsysteme in den Industrieländern. Ein „race to the bottom“ hat deswegen bislang nicht stattgefunden, im Gegenteil. Ferner würden die meisten Ökonomen auch theoretisch ein effizientes Sozialsystem befürworten, das den Präferenzen der jeweiligen Gesellschaft nach kollektiver Absicherung entspricht.

5. Globalisierungskritiker fordern: Weniger Konjunktur- und Finanzkrisen

Größere und liberalisierte Märkte bedeuten wegen ihres höheren Volumens und größerer Anzahl von Marktteilnehmern tendenziell *weniger* Schwankungen und Krisen. Zwar kam es in den letzten Jahrzehnten zu international synchroneren Konjunkturverläufen, aber insgesamt zu weniger starken Schwankungen. Zwar hat die Häufigkeit von Währungskrisen zugenommen, diese entstanden jedoch durch den jeweiligen Währungsordnungen nicht angemessene nationale Wirtschaftspolitik, nicht aber prinzipiell wegen einer Öffnung hin zum globalen Markt. Dem globalisierungskritischen Wunsch nach einer stabileren Weltwirtschaft wird also ebenfalls durch die liberalen Empfehlungen zur Globalisierung entsprochen.

An den genannten fünf Punkten wird deutlich, dass zumindest wenig Debattierbedarf über *allokative* Fragen, also dem effizientesten wirtschaftlichen Handeln, bestehen sollte. Warum gibt es dann aber überhaupt eine so heftige Globalisierungsdebatte?

Natürlich bietet der oben dargestellte verblüffende Konsens bei den Zielen immer noch Platz für intensive Diskussionen, weil viele Globalisierungskritiker diese Ziele mit allokationsfeindlichen Mittel erreichen wollen,

vom Verbot privater Initiative bis hin zur Tobin-Steuer. Dies liegt in erster Linie am ewigen grundlegenden Misstrauen von Politik und Intellektuellen an dem Freiheitsglauben marktwirtschaftlicher Ökonomie.

Eine Annäherung von Ökonomie und Globalisierungskritik wird hingegen zu einem guten Teil auch durch eine stetige Mischung der Debatte mit *verteilungspolitischen* Interessen verhindert. Ob innerhalb von Ländern (Protektion oder Transfers) oder zwischen den Ländern (Entwicklungshilfe): Das zusätzliche Wachstum und die Änderungen der Globalisierung wecken Begehrlichkeiten und Ängste, auch wenn laut Empirie die globale Einkommensungleichheit entgegen verbreiteter Meinung kontinuierlich abnimmt.

Die wahren Kontrahenten der Globalisierungsdebatte, die sich vor allem um die globalisierungskritischen Stimmen für ihre eigenen verteilungspolitischen Ziele bemühen*, sind daher:

- Unternehmen, die unliebsame Konkurrenz indirekt angreifen und Protektion vor günstigeren Produzenten aus den Entwicklungsländern erlangen wollen;
- Gewerkschaften, die wegen Mitgliederschwund die Popularität von Globalisierungskritik politisch nutzen wollen, trotz konträrer Ziele (z.B. Sicherung von Arbeitsplätzen gegen Konkurrenz aus Entwicklungsländern);
- Regierungen in Entwicklungsländern, die Entwicklungshilfe nicht für besseres Funktionieren ihrer Märkte und Armutsbekämpfung, sondern für Partikularinteressen einsetzen, und die mehr Transfers für Liberalisierungszugeständnisse fordern;
- Regierungen in Industrieländern, die auf Wählerstimmen der meist engagierteren Globalisierungsverlierer (z.B. Bauernverbände) hoffen.

Die Frage nach Verteilung wirtschaftlicher Erträge gehört selbstverständlich auch in der Zeit der Globalisierung zur (wirtschafts-)politischen Debatte. Eine illusorische Grundsatzdiskussion über Globalisierung ist jedoch nur Teil des Arsenal ihrer wahren, verteilungspolitischen Kontrahenten.

8179 Zeichen

* Politökonomisch ist dies auch als die „Hijacking-Hypothese“ bekannt. Siehe den Ordnungspolitischen Kommentar vom 9. Dezember 1999

Dieser Ordnungspolitische Kommentar reflektiert die Meinung des Autors, nicht notwendigerweise die des Instituts für Wirtschaftspolitik. Der Inhalt kann vollständig oder auszugsweise bei Erwähnung des Autors zu Publikationszwecken verwendet werden. Für weitere Informationen und Rückfragen zum Inhalt wenden Sie sich bitte direkt an den Autor.

Philipp Paulus ist Mitarbeiter am Institut für Wirtschaftspolitik. Er ist Ko-Autor des im September erschienenen Buches: Donges, Juergen B., Kai Menzel und Philipp Paulus (2003), *Globalisierungskritik auf dem Prüfstand – ein Almanach aus ökonomischer Sicht*, Lucius&Lucius, Stuttgart.

Kontakt: s. Redaktion auf Seite 1